

Pressemitteilung



STADTRATSFRAKTION HANNOVER

Hannover, den 23.11.2018

Schlanker werden, abspecken, weg mit ideologischem Firlefanzen

Schwerpunkte der AfD-Fraktion in den Haushaltsberatungen

Hannover (afd) - Mit 96 Einzelanträgen wird die AfD-Fraktion in die Beratungen des Doppelhaushalts 2019/2020 gehen. Die weitaus meisten davon zielen auf Kürzungen und Streichungen ab. "Die Konjunktur läuft gut, die Steuereinnahmen sprudeln wie nie, die Zinsen für die immensen Schulden der Stadt sind historisch niedrig - und trotzdem ist für 2019 eine Neuverschuldung von 20 Millionen Euro vorgesehen, und 2020 sollen es sogar 36 Millionen sein", so Fraktionschef Sören Hauptstein. "Wenn man in einer solchen Situation nicht ohne Schulden auskommt, wann dann überhaupt jemals?", fragt Hauptstein, "von Schuldentilgung gar nicht zu reden."

Vor allem bei den Personalkosten, dem mit Abstand größten Block, muss angesetzt werden, meint die AfD-Fraktion und fordert deshalb, die gesamte Organisation und den Personalbedarf der Stadtverwaltung von einem externen Gutachter durchleuchten zu lassen. Die Ergebnisse dieses Gutachtens können natürlich erst in die Haushaltsberatungen in zwei Jahren einfließen. Doch auch jetzt schon müsse die Stadt prüfen, ob eine neue Stelle wirklich notwendig ist, ob sie tatsächlich einen Nutzen und Mehrwert für die Stadtgesellschaft bringt. Dieses gilt etwa für die Gleichstellungsbeauftragte, die ihren Job nach Überzeugung der AfD-Fraktion auch sehr gut allein, ohne weiteres Personal, erledigen könnte.

"Künstlich aufgeblähte Bürokratien"

"Solche künstlich aufgeblähten Bürokratien gibt es reichlich, und zudem sind sie häufig ohnehin überflüssig bis schädlich, weil mit ideologischem Firlefanzen befasst", sagt Hauptstein. Auch scheinbar seriöse Aufgaben wie etwa die Wirtschaftsförderung, wo man derlei nicht vermutet, seien davon "verseucht". Als eines von drei Produktzielen wird dort zum Beispiel definiert: "Maßnahmen, um Aufmerksamkeit auf Genderthemen zu lenken und dafür zu sensibilisieren."

"Was hat das mit Wirtschaftsförderung zu tun?", fragt Hauptstein. Natürlich nichts, und nicht nur deshalb will die AfD den Etat dieser Abteilung, jährlich mit über 2,1 Millionen Euro angesetzt, um zehn Prozent kürzen. Auch insgesamt müsse alles schlanker und straffer werden, überall müsse abgespeckt werden, man müsse sich auf die wirklich notwendigen und nutzbringenden Aufgaben konzentrieren.

AfD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover
Herrenstr. 7
30159 Hannover

0511-168-31845
info@afd-fraktion-hannover.de
afd@hannover-rat.de
www.afd-fraktion-hannover.de

Fraktionsvorsitzender: Sören Hauptstein
stv. Fraktionsvorsitzender: Reinhard Hirche
Geschäftsführer: Philipp Noblé

Mittel für neues Frauenhaus und Büchergutscheine

Aber die AfD-Fraktion will nicht nur kürzen und streichen. Mittel bereitgestellt werden sollen zum Beispiel für ein weiteres Frauenhaus. Denn nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Zuwanderung aus potentiell gewalttätigen und frauenverachtenden Kulturkreisen ist in den letzten Jahren ein erheblicher Mehrbedarf an Frauenhausplätzen entstanden. Außerdem beantragt die AfD-Fraktion, allen Schülern bei Neueinschulung und nochmals beim Wechsel auf eine weiterführende Schule einen Büchergutschein im Wert von 200 Euro auszuhändigen, da die Anschaffung von Lernmaterialien für viele die Eltern jedes Mal eine große finanzielle Herausforderung ist.

Abschaffen will AfD-Fraktion die Straßenausbaubeitragssatzung; die dadurch wegfallenden Mittel müssen gegenfinanziert werden. Und erhöht werden sollen die Mittel für den Behindertensport. Das alles, und einige wenige andere Posten, summiert sich allerdings zu verhältnismäßig geringen Ausgaben - verglichen mit den Einsparungen, die mit dem umfangreichen Kürzungs- und Streichungskatalog erzielt werden können.

Teurer Oberbürgermeister

Die AfD-Fraktion fragt sich etwa, warum der Posten "Repräsentation des Oberbürgermeisters", im Jahr 2012 noch bei 600.000 Euro, inzwischen fast exakt doppelt so hoch sein muss: um die 1,2 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren. Hier fordert die AfD Kürzung um ein Drittel. Und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des OB soll jährlich rund 2,2 Millionen Euro Kosten; die AfD fordert: Kürzung um ein Viertel.

Für entbehrlich hält die AfD-Fraktion alles zum Thema "Klimaschutz", sofern es nicht mit Energieeinsparung zu tun hat, die selbstverständlich nach Kräften zu fördern ist. Einen Zusammenhang zwischen beidem sieht die AfD indes nicht, wie ja überhaupt die These vom "menschengemachten Klimawandel" durchaus umstritten ist, vor allem, was das Ausmaß des menschlichen Einflusses angeht. Im Übrigen hat ja der vergangene heiße Sommer gezeigt, dass alle bisherigen, Hunderte von Milliarden teuren Maßnahmen gegen den "Klimawandel" gänzlich nutzlos waren

... und teure "Flüchtlinge"

Fünf Millionen Euro in 2019 und den doppelten Betrag in 2020 will die AfD beim Posten "Unterbringung von Personen" einsparen. Hier sind im "Ergebnishaushalt" für das kommende Jahr 52,93 Millionen Euro angesetzt - und im folgenden Jahr sogar noch 183.000 Euro mehr. Was nur den Schluss zulässt, dass die Stadt offenbar keinerlei Anstrengungen unternehmen will, die Zahl dieser "Personen", zu einem großen Teil "Flüchtlinge", zu verringern.

Wie bekannt, hat nur ein verschwindend kleiner Teil dieser Personen überhaupt Anspruch und Aussicht auf Asyl in Deutschland. Zum großen Teil handelt es sich um "subsidiär Schutzberechtigte", bei denen eine Rückkehr in ihre Heimatländer bei Stabilisierung der Lage vor Ort absehbar ist. Über 1.000 Migrantinnen in Hannover sind zudem bereits ausreisepflichtig! Allein mit konsequenter Abschiebung könnten die von der AfD-Fraktion geforderten Einsparungen leicht erzielt werden.

Rigoros streichen will die AfD-Fraktion bei Zuschüssen für kirchliche Organisationen wie Diakonisches Werk und Caritas. "Die kirchlichen Verbände werden durch die Kirchensteuer schon zur Genüge gefördert", sagt Hauptstein, "allein die Evangelische Kirche verfügt über Kirchensteuereinnahmen von jährlich über 5,5 Milliarden Euro. Da muss es möglich sein, dass sie ihre Arbeit und ihre Projekte auch selbst finanziert."

Steuergelder für "Nein zu Deutschland"?

Ähnlich argumentiert die AfD bei Zuschüssen an parteinahe Organisation wie die "Falken" oder auch die DGB-Jugend. "Das sollen das die Mütter SPD und DGB gefälligst selbst finanzieren", so Hauptstein, "außerdem wird hier politische Indoktrination betrieben, und die Grenzen zum Linksextremismus sind fließend." Hauptstein verweist in diesem Zusammenhang auf eine Aktion der "Falken" unter dem Motto "Nein zu Deutschland". Komplette gestrichen sehen will die AfD auch die Zuwendungen für das UJZ Kornstraße mit seinen notorischen Verstrickungen in den Linksextremismus.

Generell zu streichen oder seltener auch einmal zu kürzen sind Zuwendungen an alle möglichen Formen von "Sozialarbeit", die Sonderinteressen bedienen, wie die von Migranten, etwa "migrantischen Seniorinnen und Senioren", "Lesben und Schwulen" und weiteren zig Geschlechtern. Hier haben sich in bedenklicher Weise Anspruchsdenken und Subventionsmentalität breitgemacht - und eine blühende Sozialindustrie mit vielen Stellen und Posten. Letztlich muss alles der Steuerzahler berappen.

Davon profitieren auch zahlreiche, teils fragwürdige Vereine wie ein "Institut für transkulturelle Betreuung", "Arkadas", „Kargah e. V." und etliche andere. Letzterer etwa ist einer der größten Profiteure der "Flüchtlingskrise", er bezieht Hunderttausende Euro parallel aus diversen öffentlichen Haushalten, auch in der Region und im Land Niedersachsen. Er unterstützt u. a. Asylbewerber dabei, sich trotz abgelehnten Asylantrags einer gesetzesmäßigen Rückführung in ihre Heimat zu widersetzen oder diese gänzlich zu verhindern.

Riskantes Wagnis "Kulturhauptstadt" beenden!

Auch im Kulturbereich gilt: Dauerhafte Subventionierung macht träge und fett. Das Sprengel-Museum und der Kunstverein etwa sind ehrenwerte und verdienstvolle Institutionen, sakrosankt sollten sie deshalb aber nicht sein. Hier will die AfD Mittel kürzen, um zu effizientem Wirtschaften und verstärkter Suche nach Sponsoren zu zwingen. Ganz aussteigen sollte Hannover aus dem teuren und - angesichts des starken Mitbewerberfelds - höchst riskanten Projekt "Kulturhauptstadt", solange das noch zu halbwegs verkraftbaren Kosten möglich ist.

Im Haushaltsentwurf sind unter "Kultur" auch Zuschüsse für etliche Projekte, Aktionen, "Performances", Darbietungen aller Art vorgesehen, die außer den "Künstlerinnen und Künstlern" selbst nur einen sehr begrenzten Kreis interessieren, wenn überhaupt jemanden. Ganz offenbar dienen die städtischen Gelder vor allem der Alimentierung von Dilettantismus, im besten Fall Mittelmäßigkeit. Hat irgendjemand jemals etwas von einem "Orchester im Treppenhaus" gehört? Wir auch nicht. Was immer das sein mag, und was immer da vollbracht wird - dieses Orchester soll in den nächsten beiden Jahren von der Stadt mit jeweils 15.000 Euro bezuschusst werden. Die AfD-Fraktion meint: Das muss nicht sein. Es sind alles Steuergelder - oder Schulden. (afd/aup)